

„Wir haben verstanden – Die Berliner SPD erneuern, bevor es zu spät ist“

Ein innerparteilicher Weckruf

Die Berliner SPD steht an einem Wendepunkt, sie muss sich inhaltlich und personell erneuern.

Seit 2001 die stärkste politische Kraft, ist die Berliner SPD heute auf den fünften Platz abgestürzt. 15,1 Prozent bei der Bundestagswahl – das schlechteste Ergebnis seit der Wiedervereinigung, nach 13,2 % bei der Europawahl und 18,4 % bei der letzten Wahl zum Abgeordnetenhaus. Wir dürfen uns nicht länger etwas vormachen: Das ist keine Momentaufnahme, das ist ein struktureller Vertrauensverlust. Die Wählerwanderung von der SPD zur AfD ist erschreckend und macht deutlich: weder allein die Bundespolitik noch die Koalition mit der CDU sind die Ursachen, sondern, dass in der Berliner SPD häufig Themen die politische Agenda dominieren, die an den Alltagserfahrungen und der Lebenswirklichkeit der Berlinerinnen und Berliner vorbeigehen. Wir werden die Demokratie nicht durch Parolen verteidigen, sondern nur, wenn wir den Menschen zuhören, ihre Sorgen und Ängste ernst nehmen und nicht mehr versuchen, ihnen von oben herab zu erklären, dass sich die Dinge ganz anders darstellen als sie glauben.

Die Berliner SPD hat ihre gesellschaftliche Verankerung verloren.

Die Realität ist unbequem, aber sie muss ausgesprochen werden: Die Politik der Berliner SPD muss sich wieder stärker an der Lebenswirklichkeit ihrer Mitglieder und ihrer Wählerschaft orientieren, sonst entfernen sich Entscheidungen und politische Prioritäten zunehmend von den vielen Menschen, die mit ihrer Arbeit ihren eigenen Lebensunterhalt bestreiten und diese Stadt am Laufen halten. Wir haben uns von der arbeitenden Mitte entfernt. Auch wenn gesellschaftliche Veränderungsprozesse das klassische Milieu der SPD mehr und mehr auflösen, bleibt es Aufgabe der Sozialdemokratie sich für die Interessen von Arbeiterinnen und Arbeitern, von Angestellten und HandwerkerInnen, den kleinen Selbständigen und mittelständischen Familienbetrieben einzusetzen. Dies muss das Markenzeichen der SPD sein, die höchste Priorität haben, auch bei Alternativentscheidungen. Nur wenn Berlin auch eine wirtschaftliche Zukunft hat, können die Berlinerinnen und Berliner hier ein gutes Leben führen, angemessen wohnen und ihre Kinder versorgen.

Wir müssen politisch und personell den Mut zur Erneuerung haben.

Die Berliner SPD muss wieder zuhören, lernen, handeln und eine konstruktive Streitkultur entwickeln. Es reicht nicht zu sagen, was sich gut anfühlt. Es muss ausgesprochen werden, was getan werden muss. Die den Menschen wichtigen Themen wie Zunahme von Drogen- und Gewaltkriminalität, Wirtschaftskrise und Arbeitsplatzabbau, Mangel an Wohnraum und steigende Mieten, irreguläre Migration, ineffizientes Bildungswesen, Verwahrlosung des öffentlichen Raums, Unvermögen von Verwaltung und Defizite bei öffentlichen Unternehmen

dürfen wir nicht klein reden, sondern müssen sie ernst nehmen. Politik und Verwaltung müssen sich als Dienstleister und Ermöglicher verstehen.

Dies hat für uns Priorität, sowohl bei der Gestaltung des künftigen Programms als auch bei der personellen Auswahl.

Konkret kann das für Berlin heißen:

Soziale Gerechtigkeit heißt nicht für alle das Gleiche, sondern für alle das Richtige.

Soziale Gerechtigkeit und Chancengerechtigkeit gehören zum Kern sozialdemokratischer Politik. Sie werden aber missverstanden, wenn aus Berlin statt der „für alle bezahlbaren Stadt“, die „für alle Umsonst-Stadt“ wird. Das Prinzip „Umsonst-Stadt“ führt doppelt zu sozialer Ungerechtigkeit: Es profitieren auch jene, die es bezahlen können – und an anderer Stelle, wo eher noch mehr unterstützt werden müsste, fehlt das Geld. Wählerinnen und Wähler lassen sich weder durch kostenloses Mittagessen noch durch den Verzicht auf regelmäßigen Inflationsausgleich bei Mieten und Tickets kaufen. Sie erwarten funktionierende Lösungen und keine Ersatzbefriedigungen. Zur Herstellung von sozialer Gerechtigkeit gehört auch der Zugang zu Bildung, Kunst und Kultur.

Wohnen bleibt die soziale Frage unserer Stadt – und unser Maßstab.

Der zentrale soziale Konflikt in Berlin ist die Wohnungsfrage. 230.000 neue Wohnungen bis 2040 sind notwendig. Dieses Ziel ist herausfordernd und verlangt das Zusammenwirken von öffentlichen und privaten Investoren: 5.000 Sozialwohnungen jährlich bedeuten 1,5 Milliarden Euro Förderbedarf – mehr ist realistisch nicht leistbar. Wir müssen deshalb für einen echten Schulterschluss zwischen öffentlicher Hand und privatem Wohnungsbau sorgen. Enteignungs-Debatten verhindern Neubau und die Vielzahl von Auflagen müssen gegen das vorrangige Ziel „Mehr Wohnraum“ abgewogen werden. Priorität muss haben, was schnell bezahlbares Wohnen schafft.

Sicherheit ist Grundlage des demokratischen Rechtsstaats und braucht Rückhalt anstelle von Sprachlosigkeit.

Gewalt, Raubüberfälle, Clan-Kriminalität und Angsträume – all das beschädigt das Vertrauen in den Staat und in unsere Stadt. Wer diese Entwicklungen leugnet oder relativiert, überlässt das Feld den Populisten. Die Regeln im Rechtsstaat sind Grundlage des gesellschaftlichen Zusammenlebens und gelten für alle – unabhängig von Herkunft oder Milieu. Genau so müssen sie auch durchgesetzt werden: von einer gut ausgestatteten Polizei, handlungsfähigen Gerichten und mit dem politischen Willen, Kriminalität in allen Stadtteilen wirksam zu bekämpfen.

Mobilität ist Lebenskraft der Stadt und braucht Fairness, Planung und Realitätssinn.

Berlin steht im Stau. Jahrelang wurde die Infrastruktur vernachlässigt. Berlin braucht keinen ideologischen Streit, sondern einen verlässlichen und umweltfreundlichen ÖPNV, sanierte Straßen, sichere Radwege. Der ÖPNV muss modern, pünktlich und bezahlbar sein – aber kann den Individualverkehr nicht vollständig ersetzen. Es ist nicht sozial gerecht, wenn Menschen keine Alternative haben, wenn sie wirklich auf ein Auto angewiesen sind. Wer Parkraum im öffentlichen Raum nutzt, soll angemessen bezahlen.

Wissenschaft & Industriepolitik schafft Arbeit von morgen, braucht aber die Politik von heute.

Berlin hat in den vergangenen Jahrzehnten einen bemerkenswerten wirtschaftlichen Aufholprozess geschafft. Diesen Prozess gilt es mit Fokus auf wissensintensive Dienstleistungen und technische Innovationen – z. B. im herausragenden Gesundheitscluster und der Digitalwirtschaft – fortzusetzen. Hier entstehen die Arbeitsplätze der Zukunft – wenn wir die Rahmenbedingungen dafür verbessern: schnellere Genehmigungen, verfügbare Flächen, verlässliche Energieversorgung, gezielte Förderung von Ausgründungen. Hier gilt es, das Potenzial der einzigartigen Wissenschaftslandschaft weiter auszubauen und in enger Kooperation mit Industrie, Handwerk und Stadtgesellschaft noch stärker zu nutzen. Nicht zuletzt sollte auch die Öffentliche Hand mit ihrem großen Beschaffungsvolumen als Nachfrager von innovativen Problemlösungen eigene Impulse setzen.

Vielfalt ist Realität und Verpflichtung zugleich.

Berlin ist in den letzten 10 Jahren um 500.000 Menschen gewachsen. Viele von ihnen sind Geflüchtete aus anderen Kulturkreisen und haben sich vorbildlich integriert. Ihre Integration erfordert erhebliche finanzielle Mittel. Dies führt zu Ängsten und Konflikten in der Bevölkerung, die wir ernstnehmen müssen. Viele Bürgerinnen und Bürger engagieren sich in der Geflüchtetenhilfe. Gleichzeitig müssen wir aber auch Missstände klar benennen: Integration gelingt nur mit Sprache, Regeln und Arbeit. Wer Schutz braucht, muss ihn erhalten. Wer regulär einreist, um hier zu arbeiten, verdient Unterstützung. Wer jedoch irregulär zu uns kommt, keinen Anspruch auf Schutz hat und womöglich sogar Straftaten begeht und sich nicht an unsere Regeln hält, muss gehen. Das zu sagen ist kein Tabubruch, sondern Voraussetzung für gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Berlin lebenswerter machen

Ob bedrohliche Begegnungen in U- und S-Bahn, dunkle Bahnhofseingänge, dauernde Drogenangebote, zunehmende Verwahrlosung - viele Berlinerinnen und Berliner empfinden die Stadt als immer dreckiger, unsicherer und weniger lebenswert. Hier darf Politik nicht länger wegschauen. Wir brauchen ein ausfinanziertes und koordiniertes Handlungsprogramm.

Die SPD darf sich nicht länger vor der Wirklichkeit drücken.

Wenn wir 2026 noch eine politische Rolle spielen wollen, müssen wir jetzt die Weichen stellen. Es geht um einen anderen Kurs und eine neue Haltung. Wir müssen wieder zur Partei werden, die keine leeren Versprechen macht – sondern handelt. Um einen neuen Kurs durchzusetzen, brauchen wir auch die, die bisher nicht oder nicht mehr aktiv sind.

Macht mit!

Wir haben verstanden. Jetzt muss gehandelt werden.

Dieser Aufruf wird unterstützt von:

Oliver Schworck, Gisela von der Aue, Ehrhart Körting, E.Jürgen Zöllner, Hella Dunger, Stephan Schwarz, Michael Müller, Hartmann von der Aue, Peter Strieder, Anja Naujokat, Ramin Rachel, Ditmar Staffelt, Klaus-Uwe Benneter, Wolfgang Nagel, Stefan von der

Heiden, Ralf Wieland, Petra Siebert, Detlef Prinz, Harald Georgii, Klaus Semlinger, Karl Heinz Nolte, Axel Seltz, Astrid-Sabine Busse, Philipp Mühlberg, Matthias Blessing, Hasso Lieber, Daniel Buchholz, Matthias Zipser, Reiner Nittka, Kevin Hönicke, Günter Fuderholz, Erhard Ott, Tim Kauermann, Katja Ahrens, Oliver Fey, Marianne Lamprecht, Volker Härtig, Beate Stoffers, Horst Achim Kern, Jutta Leder, Horst Porath, Stefan Böltes, Olly Behm, Frank Bielka, Jan Kehrberg, Andreas Kugler, Manfred Breitenkamp, Reinhold Robbe, Rainer Frohne, Winfried Hamann, Kristina Göllner, Detlev Kuchenbecker, Ahmad Ohadi, Dagmar Beer-Kern, Gunnar John,

Website: <https://www.erneuerung-spd.berlin/>

E-Mail: info@erneuerung-spd.berlin